

Waldhader Tagblatt.

(Enztalbote)

Amtsblatt für Waldhader, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags-
Bezugpreis monatl. M. 70.—, vierteljährl. M. 2 10.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
Innereuropäischen Verkehr 222.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 2,50 M. ; Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Waldhader.
Bankkonto: Direction d. Discountges., Zweigst. Waldhader.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren
Raum M. 4.—, auswärts M. 5.— ; Reklame-
zeile M. 12.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Inserate u. bei Anstuferteilung werden
jeweils 2 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Kontur-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldhader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Waldhader.

Nummer 210

Gericht 179

Waldhader, Freitag den 8. September 1922

Gericht 179

57. Jahrgang

Tagespiegel

Es besteht jetzt Grund zu der Vermutung, daß die beiden
längst in Oberkassau erschossenen belgischen Soldaten von
einem belgischen Soldaten ermordet worden sind.

Die Londoner „Times“ erzählt aus Dublin gerücheltweise,
die Sineser De Valera und Eosine Childers seien ge-
fangen worden.

Nach einem in Konstantinopel verbreiteten Gerücht soll
der neue griechische Oberbefehlshaber Tzankapris von den Tür-
ken gefangen genommen worden sein.

„Schicksal“

Es wird sehr so viel vom deutschen Schicksal gesprochen.
Das Schicksal... Es ist an sich kein neues Wort. Wir
wissen, wie die Welt der Alten um dieses Wort gerungen
hat, das dem armseligen Menschen eine geheimnisvolle
höchste Macht andeuten sollte, der auch die olympischen Göt-
ter sich zu beugen hätten. Schicksal — so heißt es durch das
gesamte alte Morgenland; in den Sternen steht's geschrieben,
und dieser Sternenglaube wirft sein schales Licht über die
Trümmerfelder des 30jährigen Kriegs, packt einen Wallen-
stein im Innersten, und er gleitet bohrend und drückend
weiter, und bereitet auch einem Napoleon stille, schwere
Stunden. Im Islam ist es selbstverständliche Weisheit, daß
niemand seinem Schicksal entinnen kann. Heute will sich
wieder, so schreiben die „Leipz. N. N.“, eine Weltanschauung
aufbauen, die aus dem Unabänderlichen im Ganzen die uner-
bitliche Folgerung bis ins Kleine und Kleinste zieht, und die
immer geneigt ist, sich mit Fremdreligionen zu umgeben.
Es ist ja schließlich nicht unnützlich, wenn sich der in allerlei
Zivilisationsformodie befangene moderne Mensch auch einmal
in seiner Unzulänglichkeit schaut und befreit, — und dennoch
ist's eine bedenkliche und gefährliche Weltanschauung! Nur
gar zu schnell wird von ihren unentwegten Nachtretern der
Wille zur Verantwortungslosigkeit lahmgelegt. Ein mildes
Lächeln — und nun mögen die Dinge
gehen, wie sie gehen. Wir leiden an dieser Schlappheit, die
alles zum dumpfen und einfach hinzunehmenden Schicksal
stempelt. Wenn die gierende Struppellosigkeit das alte gute
Land Germania zu einem schuftigen Schieberland umwandeln
möchte; wenn Deutsche gegen Deutsche toll und blind los-
ziehen, so daß alle Notgemeinschaft schwindet, wenn schrei-
endes, wirtschaftliches Elend, z. B. im Mittelstand, den Hinter-
grund abgibt zu einem wüsten Schlemmen und Verschwen-
den von Leuten, denen der neue Reichtum schließlich nur
die allerniedrigsten Bauchinstinkte befriedigen soll, dann ist
es zwar recht bequem, von einem Schicksal zu reden, aber
so spricht nur die gedankenlose Gleichgültigkeit, die nicht
den Mut aufbringen kann, solchen dreckigen Entartungs-
erscheinungen deutlich und rücksichtslos entgegenzutreten. Was
man wie ein Schicksal nimmt, ist oft weiter gar nichts, als die
Folge einer persönlichen Pflichtvergessenheit, die sich an
der harten Forderung des Tages vorbeischieben möchte:
Du sollst nicht nur immerfort jammern und schimpfen,
daß dies und das geschieht, sondern du sollst wacker mit-
raten und mitkämpfen, auf daß es hier und dort besser, anstän-
diger, freundlicher und ein bißchen hoffnungsvoller werde!

Es steht nicht in unserer Macht, das kalte Elend von
heute auf morgen ins glückliche Gegenteil zu wandeln, aber
deshalb muß noch nicht unter allen Umständen eine zappelnde
Nervosität und wimmernde Panikstimmung sein. Wir müs-
sen uns manche Einschränkung auferlegen, mancher neuen
Gewohnheit abe sagen: einfachste, fast ärmlichste äußere
Lebenshaltung muß das Los vieler sein, die sonst sorglos
aus dem Vollen leben konnten. — aber das alles braucht uns
noch nicht innerlich bettelhaft zu machen! Wir müssen uns
dann eben, wie das so manchemal bei den Altvordern ge-
wesen ist, auch auf das bescheidenste Winkelglück einzustellen
versuchen, wir müssen unser Schicksal selber in die Hand
nehmen und es so zu gestalten und zu meistern suchen, daß
dennoch Würde und Willen bleiben, daß also der
tausendmal ersehnte Wiederaufbau ruhig und stetig vor-
sich gehen kann.

Auch das Kleinste, das wirklich praktisch geschieht, um
einander zu verstehen und zu helfen, das ist schon hoher
Gegenwarts- und Zukunftswert. Und Gott sei Dank, es sind

ja bereits leise, verheißungsvolle Anzeichen vorhanden, die nur
der nicht sieht, der sie in schicksalsgrauer Verbissenheit nicht
sehen will. Es ist heute klare Schicksalsnotwendigkeit und
die rechte Deutung des großen Wortes Schicksal, daß wir vor
allem den Rud nach oben betätigen in der immer noch
vorhandenen Kraft deutschen Glaubens und deutscher
Schaffenstüchtigkeit. Sorgen wir, daß das Mögliche und Er-
reichbare auch tatsächlich ermöglicht und erreicht werde, dann
wird uns das „Schicksal“, von dem manche meinen, daß es
uns zermalmen möchte, ein immer freundlicheres Antlitz
zeigen, und das unglückliche Deutschland wird wieder lang-
sam an ein deutsches Glück glauben dürfen!

Die Goldkonferenz

Poincaré und die Belgier

Am Mittwoch begannen die Verhandlungen der deut-
schen Regierung mit den Vertretern Belgiens in Berlin.
Die deutsche Presse ist von den amtlichen Stellen vollständig
im Unklaren darüber gerissen worden, wie man den Bel-
giern gegenüber austreten will und welche Vorschläge über
die Sicherheit für die 270 Millionen Schatzwechsel aus-
gearbeitet worden sind. Auch die Führer der Koalitions-
parteien wurden nicht, wie doch sonst üblich, in die Ab-
sichten der Regierung eingeweiht. Was ist die Folge der
Geheimdiplomatie unseres auswärtigen Amtes? Die
französische Presse beherricht das Feld! Genau wie
bei den Verhandlungen Rathenous mit Loucheur in Wies-
baden!

Die öffentliche Meinung Deutschlands wollte gerne wis-
sen, welche Rolle bei der deutsch-belgischen Zusammenkunft
die Frage der Verbringung des Goldschatzes
in s Ausland spielen werde, und ein Pariser Heftblatt,
der „Intransigent“, gibt die gnädige Antwort. Ein Mit-
arbeiter dieses Blattes hatte angeblich eine Unterredung mit
einem der drei belgischen Bevollmächtigten vor ihrer Ab-
reise. Verdächtig ist schon, daß der Name nicht genannt
wird. War es Delacroix oder Bemelmans oder der Brüs-
seler Bankier Philippsohn? Der Angesprochene kam jeden-
falls einem dringenden Wunsch der Poincaréschen Politik
entgegen, als er erklärte, Belgien habe gar nicht die Ab-
sicht, die Hinterlegung deutschen Goldes im Ausland für
belgische Zwecke zu verlangen. Es genüge, wenn sich
die Reichsbank verpflichte, an einem entsprechenden Teil
ihres Metallbestandes, was auch kommen möge, nicht zu
rühren. Daß diese Verpfändung des Goldes in ihrer ver-
neinenden Wirkung auf die deutsche Währung der Aus-
reise ins Ausland gleich käme, darüber wird unter den Ver-
bündeten natürlich kein Wort verloren. Darauf kommt es
der französischen Politik, die den belgischen Ententegenossen
bevorzugen will, auch gar nicht an. Der belgische Ver-
treter soll — nach der französischen Behauptung — gesagt
haben, wenn Deutschland sein Gold nicht verpfände, müsse
es eben andere Sicherheiten bieten. Mache es aber keine
befriedigenden Vorschläge, dann greife die Forderung Platz,
daß das Gold im Ausland hinterlegt werde. Und nun
kommt der französische Vorschlag heraus: Weigert sich die
deutsche Regierung, wie vorausgesehen, das Gold ins Aus-
land zu lassen, so müsse Belgien sich an die Entschädigungs-
kommission wenden, damit diese ihren Beschluß vom 31.
August aufheben und die — vorläufige Richtersal-
lung von seitens Deutschlands feststelle!

Das ist natürlich wieder Poincarés Geschloß! Er möchte
am liebsten, daß die Berliner Verhandlungen in eine End-
gasse geraten, in der man dann die deutsche „Böswilligkeit“
brandmarken könnte. Daß Poincaré immer noch dieses Ziel
im Auge hat und nicht die Rettung Deutschlands, das be-
weist ein merkwürdiger Widerruf des Pariser „Journal des
Debates“. Diese Zeitung bestreitet nämlich die aus englischer
Quelle stammende Nachricht, wonach Poincaré in der Frage
der Verbands-Kriegsschulden eine Note an die amerikanische
Regierung vorbereite, in der er um die Mitwirkung der
amerikanischen Regierung bei der nächsten Verbands-Kon-
ferenz in Brüssel ersuche. Die französische Regierung habe
niemals daran gedacht, einen solchen Schritt in Washington
zu unternehmen... Poincaré will also im Grunde gar
nicht den Schuldenausgleich unter Mitwirkung Amerikas,
will nicht die Entlastung des zusammenbrechenden Deutsch-
lands und er fürchtet auch einen Erfolg der Ber-
liner Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien.

Zum Glück scheinen die französischen Bäume doch nicht
in den Himmel wachsen zu wollen. Gerade in dem Augen-
blick, da die Belgier in Berlin eintrafen, wurde eine be-
deutende Nachricht aus Washington bekannt. Die „United
Press“, die es wissen muß, weil sie mit der nächsten
Umgebung Harding's die enge Verbindung hält, meldete,
die amerikanische Regierung habe bereits halbamtliche Ver-
handlungen mit großen europäischen Banken angeknüpft,
um die Restikuna der Wechselkurse vorzubereiten.

Es sei möglich, daß aus diesen Besprechungen die Ein-
berufung einer großen internationalen Konferenz heroor-
gehe. — Hoffentlich versteht die deutsche Reichsregierung
aus dieser durchaus ernst zu nehmenden Meldung bei ihrem
Angen mit den Belgiern etwas zu machen. —er.

Neue Nachrichten

Die Verhandlungen mit den Belgiern

Berlin, 7. Sept. Wie die „Tägl. Rundschau“ erzählt,
waren die bisherigen Besprechungen mit den belgischen Be-
vollmächtigten nur vorbereitender Art. Es sei zu beachten,
daß die Entscheidung der Entschädigungskommission (mit
der Ablehnung der Zahlungsfrist) noch keine endgültige sei,
diese müsse vielmehr durch die Konferenz in Brüssel erfolgen,
auf der die Entschädigungsfrage in ihrer Gesamtheit behan-
delt werde. So stelle sich die Antwort der Entschädigungs-
kommission als ein gewisser Zeitgewinn dar. Die Reichs-
regierung habe noch keine bestimmten Vorschläge gemacht,
ebensowenig wisse man, wie weit die Forderungen der Bel-
gier nach Sicherheiten gehen.

Der Belgier Bemelmans teilte dem Berliner Be-
richterstatter von Havas mit, der Reichsfinanzminister Her-
mes werde am Donnerstag die Vorschläge der deutschen
Reichsregierung vortragen. Er (Bemelmans) hoffe, daß die
von Deutschland zu bietenden Sicherheiten für die auszu-
gebenden Schatzwechsel ernsthaft und genügend seien, so daß
es nicht nötig werde, das Gold der Reichsbank in Anspruch
zu nehmen, jedenfalls würde es sich nur um einen „äußerst
geringen“ Betrag handeln.

Staatssekretär Bergmann erstattete dem Reichskanzler
Bericht über seine Besprechungen in London. Es sei, so er-
zählt das „Berliner Tageblatt“, für den Fortgang der Ver-
handlungen über die Sicherheiten der Schatzwechsel günstig,
wenn sofort über die ganze 1922 zu zahlende Summe ver-
handelt werde. Die Sicherheiten können nach Ansicht der
englischen Finanzkreise von der Reichsregierung allein nicht
übernommen werden, einen Teil seien gegebenenfalls die
englischen Finanzkreise zu übernehmen bereit, für den Rest
müsse die Reichsbank aufkommen.

Gegen die Erhöhung der Versicherungsgrenze

Berlin, 7. Sept. Die Vereinigung der Angehörigen in
leitenden Stellungen hat laut „Volksanzeiger“ gegen die
vom sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags beschlossene
Heranführung der Versicherungsgrenzen in der Unfallver-
sicherung und Krankenversicherung auf 300 000 Mark bei der Reichs-
regierung Einspruch erhoben.

Leuerungsmoßnahmen der Stadt Berlin

Berlin, 7. Sept. Der Magistrat von Berlin verhandelt
über eine Reihe von Notstandsmaßnahmen für den kommen-
den Herbst und Winter. Dieselben sollen in Geldunter-
stützungen, Brennstoffbeihilfen, Volksspielungen, Altko-
fornen usw. bestehen. Die Kosten werden auf 120 Millio-
nen Mark für die Wohlfahrtspflege und auf 80 Millionen
Mark für die Kinderfürsorge berechnet und sollen zu zwei
Fünfteln durch Erhöhung der Gas- und zu drei Fünfteln
durch erhöhte Elektrizitätspreise aufgebracht werden. Außer-
dem wird die Luxus- und Spirituosen-Verkehrssteuer
(Schlemmersteuer) schleunigt eingeführt. Gegen letztere
Steuer hat der Berliner Gastwirtverband Einspruch er-
hoben.

Zur Notlage des Zeitungsgewerbes

Berlin, 7. Sept. Der Verein deutscher Zeitungsverleger
hat dem Reichswirtschaftsminister folgende Anträge über-
mittelt: 1. die Festsetzung von Höchstpreisen für Zellstoff,
Holzstoff und Zeitungspapier, 2. die Sicherstellung einer
ausreichenden Menge von Papierholz in den Forsten, sowie
die Bereitstellung der erforderlichen Menge von Papierholz
zu angemessenen Preisen, 3. die Verstärkung des Grund-
stocks der Rückvergütungskasse, 4. die Beseitigung der neuen
Verschärfungen der Zahlungsbedingungen, die an Stelle des
bisherigen Ziels von 4 Wochen und mehr die Vorausbezah-
lung des halben Monatsbedarfs fordern, 5. Beseitigung der
steuerlichen Mehrbelastung (Anzeigenersteuer und andere
steuerl. Maßnahmen). Ueber die Anträge wird der 5. volks-
wirtschaftliche Ausschuß des Reichstags jetzt Beschluß fassen.

Verbot der religiösen Beeinflussung

Dresden, 7. Sept. Das sächsische Kultusministerium hat an-
geordnet, daß in den Schulen jede religiöse Beeinflussung
außerhalb des Religionsunterrichts zu unterbinden habe.
Andachten und Kirchentage sollen nur in den Religions-
stunden zulässig sein. Über an den staatlich anerkannten Feiert-
tagen dürfe keine Unterrichtsbefreiung für Beteiligung an
religiösen Handlungen erteilt werden.

